

Bevor der TOP behandelt wurde, erinnerte der Ausschussvorsitzende nochmal an das Schreiben und die damit geäußerten Bedenken eines Anwohners. Anschließend übergab er das Wort zur Einführung an den Vertreter der Verwaltung mit der Bitte auf die erfolgte Bürgerversammlung, bezüglich der Tatsache wie einvernehmlich oder nicht die Beratung bzw. die Wahrnehmung der Bürger gewesen sein, einzugehen.

Herr Gleiß sprach an, dass es wohl unterschiedliche Auffassung darüber gibt, ob die von der Verwaltung vorgestellte Planung mehrheitsfähig ist oder nicht. Aus Sicht der Verwaltung sei klar, dass die Schumannstraße sanierungsbedürftig ist. Sie ist ein Bestandteil des Musikerviertels und man habe es dort mit einem Viertel zu tun, welches in sich funktional und gestalterisch zusammenhängt. Als man sich dazu entschlossen habe, die Straßen in dem Viertel zu sanieren, habe man sich eine entsprechende Rangfolge überlegt, welche Straßen zuerst dran kommen sollten.

Man habe damals, aufgrund der Besonderheiten welche die Schumannstraße im Bezug auf die anderen Straßen vorweist entschieden, die Schumannstraße ganz am Ende zu sanieren.

Die Besonderheiten bestehen vor allem in der Bodenbeschaffenheit und der damit verbundenen Welligkeit der Straße. Der planerische und technische Aufwand den man zu betreiben habe, ist in der Schumannstraße deutlich anders als in den weiteren Straßen des Musikerviertels. Dies war der Grund, die Sanierung der Schumannstraße nach hinten zu legen.

Nun müsse und wolle man aber die Sanierung angehen und wie dies genau von statten gehen soll, wird uns Herr Kalenbach in Form einer Präsentation erläutern.

Herr Kalenbach stellte die Planung der Verwaltung mit Hilfe einer Power-Point-Präsentation vor. (Präsentation im Anhang)

Herr Knülle fragte nach ob die Protokollierung, dass es eine einvernehmlichen Zustimmung der Bevölkerung gab, missverständlich sei und es nicht zu einer einvernehmlichen Auffassung gekommen sei.

Herr Kalenbach sagte, man könne sich einvernehmlich verschieden auslegen. Man hätte das Einvernehmliche aus den Auflagen, die uns im UPV vom 30.01.2018 gegeben wurden, übernommen und man habe mit den Bürgern gesprochen. Zum Ende der Bürgerbeteiligung kamen keine Argumente mehr, die ihn glauben ließen, dass es nicht akzeptiert wurde, dass es gemacht werden muss und das man der Meinung ist das es so die beste Bauweise sei. Über die genauen Begrifflichkeiten ließe sich streiten und man hätte Informationen von den drei Bürgern bekommen, die auch in der Beteiligung überwiegend gesprochen hätten, und sich genau über diesen Punkt streiten würden. Man habe sich im Nachgang der Bürgerbeteiligung noch mit verschiedenen Bürgern unterhalten können und dort hätten alle Beteiligten den Eindruck gewonnen, dass die Einsicht vorhanden war und die Planung akzeptiert wurde. Es waren auch vier Vertreter der Politik anwesend und man hoffe, dass diese ebenfalls das gleiche Meinungsbild mitgenommen hätten.

Herr Knülle sagte, wenn man sagen würde, das sein Meinungsbild als mehrheitlich dafür ist, sei dies verständlich. Viele hätten einvernehmlich so verstanden, dass alle dafür gewesen wären.

Nun sei das Missverständnis aufgeklärt und jeder könne die Sache richtig einordnen.

Im Anschluss (18:33 Uhr) unterbrach der Ausschussvorsitzende die Sitzung, welche nach 10 Minuten (18:43) fortgesetzt wurde und übergab das Wort an Herr Metz.

Herr Metz von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen teilte mit, man habe zwei Dinge, von denen einer heute auf der Tagesordnung stehen würde. Dazu wolle er zuerst reden, bevor er zu den nachvollziehbaren Einwänden aus der Bürgerschaft komme.

Herr Metz bedankte sich bei Herrn Kalenbach für die Präsentation. Beim Thema Straßenausbauplanung sei man etwas resignativ. Das was bei den anderen Straßen im Musikerviertel an Straßenbaugestaltung gelaufen sei, sei aus Sicht der Grünen nicht zufriedenstellend gewesen. Es ist zwar das Ergebnis einer Bürgerbeteiligung, was auch legitim sei aber das es in Wohnstraßen nicht optimal ist, 1,5 m breite Bürgersteige mit Hochbordsteinen zu haben, sei verständlich und die Situation nach dem Ausbau ist so nicht sehr attraktiv. Er würde in Meindorf wohnen und z.B. auf dem Lichweg, der Haupterschließungsstraße, wären wesentlich kleinere Bordsteine.

Wenn dort jemand mit Rollator oder Kinderwagen unterwegs sei, müsse dieser nicht erst eine Einfahrt erwischen, damit er auf oder vom Bürgersteig weg käme.

Eigentlich sei diese Straße klassisch für einen verkehrsberuhigten Bereich, weil dort kaum jemand langfahren würde. Dafür müsse man allerdings die gesamte Straßenausbauplanung anders machen. Es müsste ebenerdig gestaltet werden, Parkplätze müssten ausgewiesen werden und man bekäme so eine ganz andere Aufenthaltsqualität.

Dies wurde bei den anderen Straße abgelehnt, weil man sagte, die Leute würden dort zu schnell fahren. Nun habe man etwas hergestellt, was aus seiner Sicht für ein Wohnviertel total unattraktiv ist und im Sinne von Barrierefreiheit absolut unakzeptabel sei. Der viel zu schmale Bürgersteig würde keinen Richtlinien entsprechen und man sei gespannt auf die ersten Beschwerden, die die Barrierefreiheit betreffen würden. Man baue Bürgersteige nicht nach Richtlinien aus, zu Gunsten einer 5,5 m breiten Fahrbahn im Wohngebiet, wo nur Anwohner fahren. Man sei resignativ, da dies bereits in dem anderen Viertel schon so gelaufen ist.

Herr Metz bedankte sich für die Schreiben der Bürger bezüglich des Kanals, man hätte diese aufmerksam gelesen. Der schwierigen Lage, bautechnischer Art, auf diesem alten Deponiebereich sei man sich bewusst. Dies sei eine besondere Herausforderung. Im Umkehrschluss soll das aber nicht heißen, dass man jetzt aus Vorsicht heraus versucht, alle nötigen und sinnvollen Maßnahmen nur "halbgar" zu machen. Wenn man jetzt diese Straße anpackt, soll man auch eine dauerhafte Lösung in Betracht ziehen, da niemand ein Interesse daran haben kann, sich in 10 Jahren wieder mit der Problematik beschäftigen zu müssen.

Aus dem Bürgerschreiben seien zwei Punkte geblieben und man könne die Anwohner sehr gut verstehen.

Das eine ist die Beweisführung. Das geschilderte könne so nicht sein und es müssen klare Vorgaben geben, wie die Beweisführung zu erfolgen hat. Wer sich ein Auto mietet wisse das es klar ist, dass zwei Leute unterschreiben und es könne nicht sein das sich einer den Vertrag einsteckt und sagt, dass hole ich mal wieder raus oder auch nicht. Das Vorgehen muss klar, transparent und für alle Seiten aufgelistet sein.

Das andere ist das Bauverfahren. Hier bittet man die Verwaltung um Stellungnahme, ob es irgendwelche Möglichkeiten gibt, wie man den Anspruch auf die Durchführung eines möglichst schonenden Bauverfahren spezifizieren kann. Vielleicht auch ggf. unter zur Hilfenahme von bestimmter Richtlinien dies vorab nochmal in die Fraktionen zu geben, damit man überlegen könne ob weitere Fragen bestehen.

Herr Metz wollte wissen, ob es während der Bauphase eine Art Servicetelefon geben wird. wo man evtl. Beschwerden vorbringen kann.

Dies sollte natürlich dauerhaft besetzt sein, da es nicht sein könne, dass man Tagelang versucht jemanden zu erreichen und man dann keinen bekommt, weil das Telefon evtl. nur halbtags besetzt sei. Es müsse sicher sein, dass man bei Proble-men auch schnell und sicher jemanden erreichen könne.

Herr Dr. Frank von der SPD-Fraktion stimmte zu, dass der Kanal erneuert werden muss und die Änderung der Fließrichtung sei auch vernünftig, was überzeugt dargelegt wurde. Die Wege zum Hauptkanal würden kürzer und zukünftig würde kein Wasser mehr im Kanal stehen bleiben. Es sei allerdings, wie von den Anwohnern bereits angesprochen wurde zu befürchten, dass es nicht zu unerheblichen Erschüt-terungen kommen wird und die Häuser nachteilige Wirkungen bzw. Beschädigungen zu erleiden hätten. Dies sei dann etwas, was man leider Gottes in Kauf nehmen muss, weil die Maßnahme erforderlich ist.

Zum Thema Straßenausbau wollte Herr Dr. Frank wissen, ob er es richtig sehe, dass dort ein Vollausbau unternommen werden soll, insbesondere ob der gesamte Unter-bau der Straße "angepackt" werden soll. Dies würde zu weiteren Berührungen des Untergrunds und zu weiteren Setzerscheinigungen und Erschütterungen führen. Wenn dem so ist, müsse man sich fragen ob dies unbedingt erforderlich sei und man nicht, unter Berücksichtigung auf die besondere Situation (Deponiegeschichte), etwas zurückhaltender an die Sache gehen muss. Insbesondere die Lösung, das Ganze nachher mit einer Teerplatte abzudecken, überzeuge ihn nicht. Während des Ausbaus, an deren Ende ja erst die Teerplatte steht, sind die ganzen Gefahren ja durch die Erdarbeiten bereits eingetreten. Bei der Verdichtung des Geländes könnten die Schäden an den Häusern eintreten. Die Teerplatte sei eine Lösung für die spätere Nutzung der Straße um die von Fahrzeugen ausgehenden Erschütterungen möglichst zu absorbieren aber die Bauarbeiten würde die Teerplatte nicht weniger riskant machen. Gäbe es keine Möglichkeit, in Kauf zu nehmen, dass es keine "komplette super Vollausbaulösung" gibt und man einfach nur die Fahrbahnqualität verbessert und die Straße im Wesentlichen nur wieder herstellt um das Risiko, dass durch den Straßeneubau Schädigungen an den Häusern entstehen könnten, zu minimieren. Man würde die Bedenken der Bürger ernst nehmen und deshalb wolle man wissen, ob eine reduzierte Straßenausbaulösung sofort ausgeschlossen sei.

Herr Bambeck für die CDU-Fraktion merkte an, dass er sich schon lange mit dem Thema beschäftige und auch immer mit den Anwohnern im Gespräch sei. Die Verwaltung hätte schon eine ganze Menge getan und man habe schon viele Gespräche geführt und man sei der Meinung, dass die Verwaltung die Sorgen der Anwohner auch ernst nimmt. Dies ginge der CDU auch so und man sei am Überlegen, wie man der Bevölkerung helfen könne. Aus wasserrechtlichen Gründen, könne man nicht anders, als den Kanal zu sanieren. Man sei an Recht und Gesetz gebunden und er möchte erwähnen, dass man heute nur über den Straßenausbau beschließen würde, weil nur dies in der Zuständigkeit des Ausschusses liegt. Herr Bambeck bedankte sich bei Herrn Kalenbach für den Vortrag und bei Herr Gleß für die durchgeführte Bürgerinformationsveranstaltung. Es sei wichtig gewesen, bevor man beschließen würde, nochmal den Bürgern die Gelegenheit gegeben zu haben, sich über die Sache zu äußern. Das Problem seien die Schäden an den Häusern und man müsse alles tun, damit es beim Ausbau der Straße nicht zu Schädigungen an den Häusern kommt. Dies wurde auch in der Infoveranstaltung dargestellt und das Ingenieurbüro habe das Bauverfahren auch gut begründet. Eine wesentliche Alternative zum gewählten Verfahren gäbe es nicht und das gewählte Bauverfahren

ist nach dem heutigen Stand der Technik zu verantworten und deshalb könne man als Ausschuss sagen, so könne der Ausbau erfolgen. Trotzdem ist es wichtig zu überlegen, ob man die Erschütterungsproblematik noch aufnimmt. Es dürfte nicht sein, dass beim Messen andere Gerätschaften verwendet werden wie bei den Probemessungen und es wäre wichtig, dass die Messprotokolle oder ein Rissmonitoring den betreffenden Hausbesitzer ausgehändigt würden. Jeder müsse wissen, welche Risse bzw. welche bauliche Situation vor Baubeginn bestanden hat und man im Fall das in der Bauphase was passiert, dies auch nachweisen kann. Eine dauerhafte telefonische Erreichbarkeit der Bauleitung sei sehr wichtig und dies solle von der Verwaltung sichergestellt werden. Wenn dies alles geschehen würde, könnte man sich vorstellen, der Planung in der vorgestellten Form zuzustimmen.

Herr Knülle wies darauf hin, dass es der Wunsch des Ausschusses gewesen sei, vor der Beschlussfassung eine Bürgerinformationsveranstaltung abzuhalten und bedankte sich bei der Verwaltung, diesem Wunsch nachgekommen zu sein.

Herr Willnecker von der FDP-Fraktion fragte nach ob der Gutachter, der die Baumaßnahme begleiten soll sich überwiegend um die Erschütterungen und die mögliche Beweisführung bemühen wird oder ob dessen Schwerpunkt ein anderer sei.

Herr Köhler von der Fraktion Aufbruch empfindet den Kanalneubau absolut notwendig, dies sei deutlich belegt worden. Die geplante Richtungsänderung ist absolut sinnvoll um ein dauerhaftes Gefälle zu erhalten. Die Lösung in kurzen Segmenten zu bauen sei hervorragend um eine gewisse Flexibilität des Kanals zu gewährleisten und um Brüche zu vermeiden.

Die Bürger müsse man hier als vorgeschädigt betrachten, weil ihre Häuser auf ungeeignetem Grund zu stehen gekommen sind und jetzt müsse man ganz penibel darauf achten das weitere Schädigungen ausgeschlossen blieben. Dies könne nicht

ganz ausgeschlossen werde aber doch weitestgehend und es müsse sowohl vorher als auch nachher eine ganz penible Dokumentation erfolgen. Es müsse für jeden nachvollziehbar sein, was sich an seinem Bauwerk durch die Arbeiten verändert hat und ob ein Anspruch auf Schadensersatz besteht.

Die Straßenraumgestaltung würde ihnen genau so wenig gefallen, wie sie im Rest des Viertels auch nicht gefallen würde. In einem reinen Wohnviertel könne man die Gestaltung anders vornehmen und man könne mehr Fläche zur Verfügung stellen die unbehindert begangen und befahren werden kann. Leider müsse man diese Planung jetzt passieren lassen, weil sie in den anderen Straßen auch so erfolgt sei.

Herr Nettesheim von der SPD-Fraktion sagte das es ganz wichtig ist, dass die Protokollierung und Beweissicherung so stattfindet, dass die Bürger darin auch mitgenommen werden und die Protokolle auch ausgehändigt bekommen. Man müsse hier sehr transparent arbeiten. Dies sei notwendig, damit das Vertrauen in die Verwaltung bestärkt werde.

Man hätte lieber abgesenkte Bürgersteine genommen und in der Bürgerveranstaltung hätte man auch lieber Verkehrsberuhigte Bereiche gehabt. Die Verwaltung hatte aber dargestellt, dass man dies dort nicht verwirklichen könne.

Herr Nettesheim wollte noch wissen, welche Leitungen im Bürgersteig erneuert werden.

Herr Gleß merkte an, dass nicht nur der Kanal sondern auch die Schumannstraße sanierungsbedürftig sei. Dies würde man sofort feststellen, wenn man sich die Wellenbewegung der Straße anschaut. Er kenne jetzt die Straße, die Anwohner und die besondere Situation bereits seit 16 Jahren und er wurde immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass dort ein Problem herrscht, dass irgendwann mal angegangen werden muss. Dies wolle man jetzt tun und man könne davon ausgehen, dass die Verwaltung das nötige Fingerspitzengefühl besitzt sich mit der Schumannstraße anders zu beschäftigen als es mit anderen Straßen der Fall wäre. Wenn ein Beweissicherungsverfahren durchgeführt werde, wird dies nach allen Regeln der Kunst und nach den gesetzlichen Vorgaben geschehen. Davon solle man bitte ausgehen. Dies müsse auch so durchgeführt werden. Diese Straße erfordert Fingerspitzengefühl und dort würde nicht schlampig gearbeitet werden.

Was die Transparenz und die Herausgabe von Unterlagen angehe sei man auch an gesetzliche Vorgaben gebunden und man könne nicht einfach mal so auf Zuruf irgendwelche Dinge aushändigen. Dies müsse entweder breit gestreut werden an die gesamte Anliegerschaft oder man müsse es bleiben lassen. Deshalb habe man die Infoveranstaltung genutzt um die Informationen nicht nur an Einzelne sondern an die ganze Gruppe zu streuen. Nichts ist für eine Baumaßnahme schlimmer wenn mit unterschiedlichen Informationsdichten agiert wird, was evtl. die Bauarbeiter vor Ort bzw. die Mitarbeiter der Verwaltung in Mitleidenschaft führt.

Zu der Frage der Ausbaustandards ist zu sagen, dass die Verwaltung durchaus auch gerne andere Planungen machen würde und dann sähen die Straßen nach einer Sanierung auch ganz anders aus als es oft der Fall ist. Man würde gerne mit Mischprofil oder mit Straßengrün arbeiten, mit Beleuchtungskörpern oder mit Verkehrsberuhigungen. Darüber solle man sich im Klaren sein. Allerdings bevor es heißt, die Verwaltung mache eine komische Straßenausbauplanung und am Ende sähe

alles so aus wie vorher, möchte man an diverse Diskussionen in der Vergangenheit erinnern. Man ist an das kommunale Abgabengesetz gebunden, wobei 90 % der Kosten auf die Bürger zu übertragen sind. Am Ende der Diskussionen sei man dann immer zu einer Planung gekommen, die überwiegend dem Ursprungs-zustand gleich gekommen sei, da diese die kostengünstigste Lösung war. Man würde gerne aber die Diskussionen mit der Bürgerschaft oder dem Ausschuss würden immer dahin führen, das zu wählen, was den wenigsten finanziellen Aufwand für die Bürger bedeutet. Dies ist in der Regel der Zustand, der bereits vorhanden war. Wenn man es anders haben wolle und der Ausschuss sich darüber im Klaren sei, müsse man in Zukunft in eine etwas andere Diskussionskultur einsteigen und mehr Augenmerk auf eine wohlfälligere Gestaltung legen. Dies würde durchaus auch zu einem Wertzuwachs der anliegenden Grundstücke führen.

In der Schumannstraße allerdings stand der behutsame Umgang mit Blick und Rücksicht auf die Anlieger unter Zugrundelegung einer vernünftigen Beweissicherführung mit den gängigsten technischen Verfahren im Vordergrund.

Herr Knülle sagte, der Beitrag von Herrn Gleß hätte deutlich gemacht, dass die eingeforderte Transparenz der Verwaltung gewährleistet wird.

Herr Kalenbach bestätigte, dass es selbstverständlich ein Servicetelefon geben wird. Es sei in Sankt Augustin gängiger Brauch, dass es bei jeder größeren Maßnahme ein Anschreiben an die Bürger geben würde, bei dem ein Ansprechpartner vom Fachbereich 7 angegeben sei, der die Baumaßnahme begleitet. Dies ist für die Schumannstraße auch geplant. Das der Mitarbeiter auch durchaus mal nicht erreichbar sein kann, weil er sich z.B gerade auf der Baustelle befindet, müsse man allerdings auch verstehen. Der Anrufbeantworter sei immer geschaltet und man würde dann zurückgerufen. Es sei auch geplant, dass der Kollege täglich vor Ort sein wird.

In der Bürgerveranstaltung wurde schon erwähnt, dass ein öffentlich zugelassener Gutachter beauftragt wird, der im Vorfeld die Gebäude begehen wird und den Istzustand aufnehmen und dokumentieren wird. Der Gutachter wird die gesamte Baumaßnahme mit begleiten und es werden kontinuierlich abschnittsweise Messungen gemacht werden, wo mit Erschütterungen zu rechnen ist und der Gutachter legt fest, wie und im welchen Bereich mit welchen Erschütterungen gearbeitet werden darf. Man wolle mit geringen Schichtdicken arbeiten, damit man kleinere Gerätschaften nutzen kann. Die Verwaltung habe im Vorfeld schon alles gemacht, was man habe machen können und die Beweisführung fände traditionell immer erst unmittelbar vor Baubeginn statt. Eine Beweissicherung die bereits jetzt erfolgen würde, sei im nächsten Jahr nichts mehr wert. Bezüglich der Transparenz müsse man abklären, ob die Unterlagen veröffentlicht werden dürfen. Bisher sei gängiges verfahren, dass es einen zentralen Ordner in der Verwaltung geben würde, der im Bedarfsfall gezogen würde um zu schauen ob der/ein Schaden durch die Baumaßnahme entstanden ist oder nicht.

Der Kanalbau würde von allen Fraktionen wie geplant befürwortet.

Alle vorhandenen Versorger würden mitziehen und alle alten Leitungen, egal ob Telekom, Wasser, Gas ect. würden ausgetauscht. Dies bedeutet aber auch, dass in Teilbereichen von den Bürgern Anschlussleitungen mit neu verlegt werden müssen.

Hierzu gab es auch in der Infoveranstaltung eine Frage, die an die Wasserversorgung

weitergereicht wurde. Man versuche von Versorgerseite aus, die Leitungen von Beginn der Straße bis ins Haus neu zu verlegen. Die Leitungen befänden sich sowohl auf der Fahrbahn als auch im Gehwegbereich.

Der Vollausbau ergibt sich dadurch, weil man ja nicht nur den Hauptkanal sondern auch sämtliche Hausanschlüsse neu machen würde. Dadurch, dass man zum Kanal auch die kompletten Versorgerleitungen neu machen würde, bliebe von der Fahrbahn nicht mehr viel übrig. Ein Punktaufbruch würde bedeuten, dass man in jedem Bereich mit Handabbau von Asphalt arbeiten müsste und dies würde erhöhte Erschütterungen verursachen. Deshalb müsse man Versuchen, so viele Flächen wie möglich mit einem Fertiger einarbeiten zu lassen was heißt, man müsse 20 bis 30 m über in einem Stück fahren damit die Erschütterungen so gering wie möglich bleiben. Dies ermögliche auch den homogenen Körper. Eine reine Wiederherstellung der Fahrbahn wird einen Flickenteppich erzeugen der mit ganz vielen Nahtstellen an der Oberfläche übersät wäre und dies würde keine langfristige Lösung beinhalten.

Herr Metz von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gab an sich bei der Abstimmung enthalten zu wollen. Dies soll aber nicht auf den Bezug das der Kanal gemacht werden müsse oder auf die geplante Art und Weise geschehen, sondern die Enthaltung bezieht sich auf die Umgestaltung der Straße. Das vorherig Artikulierte sei ausdrücklich nicht als Vorwurf an die Verwaltung gemeint gewesen nach dem Motto "was plant ihr da", sondern man solle durchaus auch mal mit den vielen Positivbeispielen einer wertsteigernden Straßenraumgestaltung, die es gibt ,Werbung machen und den Leuten dann sagen, fährt mal da vorbei und schaut euch das an. Man rege an, bewusst gute Beispiele der Straßenbauplanung zu erheben um den Leuten zu zeigen, dass es eben auch anders gehen würde und man davor keine Angst haben müsse.

Herr Köhler von der Fraktion Aufbruch sagte, dass die Erläuterungen, die von der Verwaltung gegeben worden sind, zeigen würden, dass die Sorgen der Bürger richtig verstanden wurden und der Bürger sich gut aufgehoben fühlen darf. Es habe ihn überzeugt, dass sorgfältig gearbeitet wird und die Bedenken Berücksichtigung finden.

Der Ausschussvorsitzenden schloss sich dem an und auch zur Frage der Transparenz habe man deutliche Worte gefunden, was man auch im Protokoll widerfinden werde und dies dürfe auch dem Ansinnen von Herrn Bambeck entsprechen, dass die nochmal festgehalten wird.

Herr Knülle ließ anschließend über den Vorschlag abstimmen.